

# Überblick

2/02

## **Schwerpunkt: Strategien gegen Rechtsextremismus**

- ▶ Rechtsextremismus und politische Bildung
- ▶ Helfen Verbote gegen Hasspropaganda im Internet?  
Pro- und Contra-Argumente
- ▶ Website-Projekte von IDA-NRW gegen Rechts-  
extremismus und Rassismus

IDA  
NRW

Zeitschrift der Informations- und Dokumentationsstelle gegen Gewalt,  
Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit in Nordrhein-Westfalen  
8. Jg., Nr. 2, Juli 2002  
ISSN 1436-5561

## Inhalt

<b>Schwerpunkt: Strategien gegen Rechtsextremismus</b>	
- <b>Rechtsextremismus und politische Bildung</b>	
Klaus-Peter Hufer	3
- <b>Helfen Verbote gegen Hasspropaganda im Internet? Pro- und Contra-Argumente</b>	
Birgit Rheims	12
<b>Was tun gegen Rassismus und Gewalt?</b>	
<b>Projekte, Erfahrungen, Vernetzung</b>	16
<b>Nachrichten ...</b>	
<b>... zu Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus im Land</b>	16
<b>Literatur und Materialien</b>	17
<b>Veranstaltungen</b>	19

## Impressum

Der „Überblick“ erscheint vierteljährlich, ist kostenlos und wird herausgegeben von der Informations- und Dokumentationsstelle gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit in NRW (IDA-NRW), Friedrichstraße 61a, 40217 Düsseldorf, Tel: 02 11 / 15 92 55 - 5, Fax: 02 11 / 37 10 25, [Info@IDA-NRW.de](mailto:Info@IDA-NRW.de), [www.IDA-NRW.de](http://www.IDA-NRW.de)  
Redaktion: Anne Broden  
Der „Überblick“ und das Projekt IDA-NRW werden gefördert vom Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen. IDA-NRW ist angegliedert an das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e. V.  
Redaktionsschluss für Nr. 3/2002: 01.09.2002.

## Editorial

Den Schwerpunkt dieser Ausgabe des „Überblicks“ bilden Strategien gegen Rechtsextremismus. Dieses Thema wird in der Bundesrepublik durch die aktuelle Antisemitismus-Debatte überlagert: Wie viel Kritik an der Politik der israelischen Regierung ist möglich und nötig? Muss jegliche Kritik an dieser Politik notwendiger Weise mit einer Kritik der Selbstmordanschläge seitens der Palästinenser einhergehen?

Kaum ein anderer Staat respektive dessen Regierung zieht derart viel Kritik auf sich wie Israel bzw. die Regierung Sharon. Wie erklärt sich dieses Interesse? Wann ist die Kritik berechtigt und notwendig, wann dient sie vor allem der Entsorgung deutscher Geschichte?

Die Erziehungswissenschaftler Klaus Ahlheim und Bardo Heger haben an der Uni Essen StudentInnen u. a. zum Thema „Juden in Deutschland“ befragt (siehe S. 16). Dabei wurde deutlich, dass heute weniger traditionelle antisemitische Stereotypen bemüht werden, vielmehr haben wir es mit einem so genannten „sekundären Antisemitismus“ zu tun. Ein Beispiel dafür ist der Verweis, dass „der Jude auch nicht besser sei als die Nationalsozialisten“, wie man in den besetzten Gebieten sehen könne. „Der Jude“ wird zum Synonym für israelische Politik.

Ohne einen latenten Antisemitismus ist dieses Phänomen nicht zu erklären, denn wer würde „den Russen“ aufgrund der verfehlten, ja brutalen Politik der russischen Regierung in Tschetschenien diskriminieren, in der Bundesrepublik lebende SpätaussiedlerInnen für die Politik Jelzins und Putins verantwortlich machen? Juden und Jüdinnen hingegen werden für die Politik der Regierung Sharon verantwortlich gemacht. Damit wird ein weiterer antisemitischer Topos bemüht: Die Regierung der deutschen Juden sei nicht die Regierung Schröder, sondern die Regierung Sharon. Folgerichtig gehöre „der Jude“ gar nicht nach Deutschland, Frankreich oder England, sondern nach Israel. Dort sei seine Heimat.

Antisemitismus in der Bundesrepublik ist kein Thema, das in einem Editorial adäquat zur Sprache kommen kann. IDA-NRW wird sich in Band 5 der „Materialien zum Rechtsextremismus“ ausführlich mit dem Thema beschäftigen. Das Heft wird im Herbst erscheinen.

Dem „Überblick“ liegt die Ausschreibung zu unserer Tagung „Weg mit der rosa Multikultibrille!“ bei.

Außerdem befindet sich auf der Rückseite dieser Ausgabe ein Abschnitt zur Weiterführung des Überblick-Abonnements. Die Auflage des Überblicks ist in den vergangenen Jahren stetig gestiegen, was uns natürlich einerseits sehr freut, andererseits aber vor das Problem stellt, mit gleichem Etat mehr Exemplare drucken und vor allem verschicken zu müssen. Um den Verteiler auf den aktuellen Stand zu bringen, möchten wir alle interessierten Leserinnen und Leser bitten, Ihr andauerndes Interesse am Überblick mit einer kurzen Rückmeldung zu bestätigen.

Einen hoffentlich spannenden „Überblick“ und einen schönen Sommer wünscht  
Anne Broden

## Schwerpunkt: Strategien gegen Rechtsextremismus

*Den folgenden Beitrag hat uns Dr. Klaus-Peter Hufer freundlicher Weise zum Abdruck zur Verfügung gestellt, nachdem er in der VHS in Moers einen entsprechenden Vortrag gehalten hatte, der im Publikum auf große Resonanz stieß.*

*Dr. Klaus-Peter Hufer ist Fachbereichsleiter der Kreisvolkshochschule Viersen und Privatdozent für Erwachsenenbildung an der Universität Essen.*

*Die Pro- und Contra-Argumente in der Auseinandersetzung um Verbote im Kampf gegen Rechtsextremismus hat Birgit Rheims vom IDA-NRW Medienprojekt Rechtsextremismus für die Diskussion in Schule und Jugendarbeit zusammengestellt. Weitere Pro- und Contra-Zusammenstellungen im Themenbereich finden sich im Internet unter [www.ida-nrw.de](http://www.ida-nrw.de).*

## Rechtsextremismus und politische Bildung

Klaus-Peter Hufer

### Was liegt vor?

In der Wochenendausgabe der Tageszeitungen vom 3. und 4. März des vergangenen Jahres war nachzulesen, dass die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten im vergangenen Jahr stark angestiegen sind. Wie das Bundesinnenministerium mitteilte, wurden 15.981 rechtsextremistische, fremdenfeindliche und antisemitische Straftaten registriert – das waren 58,9% mehr als 1999. Darunter wurden auch 998 Gewaltdelikte festgestellt, die Zunahme hier betrug 34%. (SZ, 3./4.3.2001, S. 1) Wie zur Illustration dieses Berichtes melden die Tageszeitungen zwei Tage später, am 6. März, dass in Regensburg eine Gruppe von zehn bis 15 Rechtsextremen einen 17-jährigen Türken verletzt hat. Sie verprügelten ihn offenbar wegen dessen „bloßer Anwesenheit“. Und in Jena wurden ein ägyptischer Professor und seine Mitarbeiterin mit rassistischen Sprüchen angepöbelt. Die Frau sei in einem Bus von Fahrgästen aufgefordert worden, ihr Kopftuch abzunehmen. Als sie sich weigerte, wurden sie und ihr Begleiter beleidigt. (FR, 6.3.2001, S. 4) Von Oktober 1990 bis August 2001 mussten in Deutschland 106 Menschen sterben, „weil sie anders aussahen, anders dachten, anders lebten“ (Sie starben ..., FR).

Bei dem Versuch, diesem eindeutigen Tatbestand Analyse und Handlung entgegenzusetzen, fällt die frappierende Unklarheit auf, das Phänomen zu benennen: Gewalt, Ausländerfeindlichkeit, Fremdenfeindlichkeit, Xenophobie, Heterophobie, Ethnozentrismus, Rechtspopulismus, Rechtsradikalismus, Rechtsextremismus, Neonazismus, Neofaschismus, Rassismus (Butterwegge 2000,

S. 13ff.). Die Deutungen und Termini sind vielfältig bis zur Unübersichtlichkeit.

Dieses ist keine müßige Anmerkung, denn hinter den Begriffen stehen unterschiedliche Deutungen und Strategien, aber auch Defizite: Wenn ich „Ausländerfeindlichkeit“ diagnostiziere, verkenne ich, dass die Opfer z. B. auch Homosexuelle, Behinderte oder linke Deutsche sind. Ist die Rede von „Neonazismus“, dann werde ich auf eine historische Analogie verwiesen, und meine Gegenmaßnahmen sind aus der Erfahrung aus der Geschichte abzuleiten. Der Begriff „Rassismus“ greift zwar nicht daneben, aber er greift zu kurz, weil – wie gesagt – auch Menschen ohne ethnische Unterscheidungsmerkmale zu den Gejagten und Getöteten zählen.

Die nächste Crux besteht in der Tatsache, dass die Wissenschaft auf diesem ungesicherten Plateau der unpräzisen Zustandsbenennung konsequenterweise unterschiedliche, divergierende, ja gegensätzliche Zustandserklärungen anbietet. Die Palette der gehandelten wissenschaftlichen Angebote ist immens; ich nenne einige:

- ein typisches Jugendproblem
- ein spezifisch männliches Jugendsozialisationsproblem
- die Folge der deutschen „Vereinigungskrise“
- die „normale Pathologie von freiheitlichen Industriegesellschaften“ (Scheuch 1967, zit. nach Butterwegge 2000, S. 22)
- Reaktion auf „Fremdheit“ als quasi anthropologische Größe
- eine zu starke Einwanderung
- die Konsequenz des Modernisierungs- und Individualisierungsprozesses
- die Kombination von Alkohol und Gruppendynamik
- Werteverlust
- Einfluss der Medien
- Auflösung der Familien
- Extremismus im allgemeinen
- das Aufbegehren einer Unterschichtenjugend gegen die linksliberale Hegemonie ihrer Eltern und Pädagogen
- die Folgen der spezifischen Gruppen- und Krippenerziehung in der ehemaligen DDR
- die Artikulation einer neuen APO
- Reaktion auf autoritäre Verunsicherung
- die Folge des „Standortnationalismus“ (Butterwegge 2000, S. 35) in der globalisierten Welt ...

Wer nun in der Bildungs- und Sozialarbeit und mit ihr handeln will, steht vor der Schwierigkeit der Wahl. Er/sie hat einen fast grenzenlos erscheinenden Überbau an Theorien und Erklärungen vor sich. Hinter jedem dieser Stichworte stehen elaborierte Untersuchungen oder pointierte Stellungnahmen sowie Reaktionen und Gegenreaktionen darauf. Das weist auf ein Theorie-Praxis-

Dilemma: Erklärt wird so viel, dass kaum noch gehandelt werden kann.

Ich will im folgenden Wege aufzeigen, wie pädagogisch auf die herausfordernde Problematik reagiert werden kann, mit der wir seit einigen Jahren und mit einer offensichtlich steigenden Tendenz konfrontiert werden. Meine Erfahrungen stammen aus der praktischen Bildungsarbeit im außerschulischen Bereich, vor allem mit Erwachsenen. Ich glaube aber, dass der Transfer auf die schulische Bildungsarbeit möglich ist.

Dabei argumentiere ich entschieden gegen Positionen, welche die Handlungschancen von Bildung klein reden möchten. Für problematisch halte ich es, wenn einer der bekanntesten Gewalt- und Rechtsextremismusforscher, Wilhelm Heitmeyer, mit wiederholtem Zweifel am Nutzen von Informationen und Gegeninformationen (Rede ..., 2000, S. 4) die Meinung impliziert, Aufklärung und Bildung seien weitgehend wirkungslose Mittel gegen die Faszination rechtsextremer Ideologien oder die Hartnäckigkeit von Vorurteilen. Mit solchen „Mythen“ müsse aufgeräumt werden, meint er (Rede ... 2000, S. 4). Die von Heitmeyer häufig in Umlauf gebrachte Formel „Belehrungen kommen gegen Erfahrungen nicht an“ (Heitmeyer 1990, 1992) führt zu einer Reihe von Missverständnissen: Erstens wird Bildung mit Belehrung gleichgesetzt und darauf reduziert, zweitens wird gegen besseres Wissen der Eindruck erweckt, als könne eine aufklärende Informations- und Bildungsarbeit sowieso nichts bewirken und drittens wird das Nachdenken über Bildungschancen zugunsten von sozialarbeiterischen Konzepten zurückgenommen. In der Tat stand „die außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung ... keineswegs im Zentrum der Strategien und Maßnahmen, die seit 1989 im Interesse der Bekämpfung des Rechtsextremismus und fremdenfeindlicher Gewalt diskutiert, entwickelt und z. T. realisiert wurden bzw. werden“ (Scherr 1999, S. 208). Seit den 90er Jahren „sind ... *Tendenzen der Abwertung und Ignoranz gegenüber der Pädagogik* in der gesellschaftlichen Diskussion um Rechtsextremismus zu beobachten“ (Schubart 2000, S. 41).

### Drei Thesen

Ich gehe von drei Prämissen bzw. Thesen aus:

1. Es existiert in unserer Gesellschaft ein Potenzial an Meinungen und Ressentiments, das einmal manifest rechtsextrem ist und zum anderen darüber hinaus gesellschaftlich mehr oder weniger akzeptierte, „salonfähige“ rechtspopulistische Positionen umfasst. Mit anderen Worten: Wir haben einen Rechtspopulismus in der Mitte dieser Gesellschaft, der eine Stimmung schafft oder unterstützt, in welcher der blanke Rechtsextremismus gedeihen kann. Der Kreis der Adressaten für

Erwachsenenbildung ist jedenfalls erheblich größer als die Gruppe der unmittelbar rechts-extrem fixierten und organisierten Menschen.

2. Rechtsextremistisch, rechtspopulistisch, ausländischer- oder fremdenfeindlich wird man nicht von Geburt an, sondern eignet sich ein entsprechendes Muster an Meinungen, Vorurteilen und Verhaltensweisen im Laufe des Lebens an. Prinzipiell können solche Einsichten, Attitüden und Positionen auch korrigiert werden.
3. Erwachsenenbildung und außerschulische Bildung verfügen über ein breites und differenziertes methodisches Repertoire, mit welchem sowohl kognitiv-intellektuelle als auch emotional-affektive Bereiche angesprochen werden. Bildungserfahrungen können ein Auslöser sein, dogmatisch erscheinende Haltungen zu korrigieren. Das Gegenteil ist nirgendwo belegt worden. Und außerdem kann Bildung diejenigen bestätigen, die sich engagieren wollen gegen eine Verbreitung rechtsextremer Parteien und Gruppen und rechtspopulistischer Tendenzen und Stimmungen.

Diese drei Thesen will ich belegen.

### Empirische Befunde

Zunächst gebe ich einen empirischen Beleg für die Plausibilität meiner drei Thesen. Bei allen Kennzeichen von Rechtsextremismus wird immer wieder die Fremdenfeindlichkeit als eines ihrer markanten Kriterien genannt. Die fast schon klassisch gewordene SINUS Studie aus dem Jahr 1981 nannte fünf Faktoren des rechtsextremen Weltbildes:

1. Reaktionäres Menschenbild
2. Bedrohungsängste
3. Harmoniestreben/Antipluralismus
4. Eine überzogene Wertschätzung von Volk, Vaterland und Familie
5. „Siegfried-Komplex“

In den Faktoren „Bedrohungsängste“ und „Siegfried-Komplex“ tritt der Fremdenhass besonders deutlich zu Tage (Fünf Millionen ... 1981, S. 65 – 67).

Daher stütze ich mich im Folgenden auf die Ergebnisse einer empirischen Untersuchung der Essener Wissenschaftler Klaus Ahlheim/Bardo Heger. Diese haben in ihrer Studie „Der unbequeme Fremde. Fremdenfeindlichkeit in Deutschland“ herausgefunden, dass in den alten Bundesländern 27% der Befragten starke oder deutliche Fremdenfeindlichkeit zeigen und äußern, in den neuen Bundesländern 41% (Ahlheim/Heger 1999b, S. 28). Das belegt meine erste These: Die Zahl derjenigen, die fremdenfeindlich eingestellt

sind, ist wesentlich höher als die Zahl der organisierten Rechtsextremen. Beide Gruppen sind nicht identisch, aber das Potenzial für den manifesten Rechtsextremismus scheint sehr hoch zu sein. Übrigens hatte die SINUS-Studie festgestellt, dass „13% aller Wähler in der Bundesrepublik ... über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild verfügen“ (Fünf Millionen ... 1981, S. 78). Ein weitere, häufig verbreitete Fehleinschätzung betrifft die geschlechterspezifische Ausprägung von Fremdenfeindlichkeit: Trotz anderer Wahrnehmung der Öffentlichkeit haben Frauen eine deutlich höhere fremdenfeindliche Einstellung als Männer: 36 zu 26% im Westen, 45 zu 29% im Osten (Ahlheim/Heger 1999b, S. 38). Fremdenfeindlichkeit ist nicht parteiabhängig: potentielle CDU-Wähler sind zu 32, SPD-Wähler zu 30% fremdenfeindlich eingestellt (Ahlheim/Heger 1999b, S. 43). Auch Arbeitslosigkeit ist noch keine Erklärungsursache für Fremdenfeindlichkeit: Arbeitslose sind nur dann fremdenfeindlich eingestellt, wenn sie überhaupt für Vorurteile anfällig sind (Ahlheim/Heger 1999b, S. 67f.).

Damit wäre ich beim entscheidenden Punkt, um die Ursache von Fremdenfeindlichkeit zu erklären: Sie wird begründet und gestützt von der Existenz von Vorurteilen, von dem Bemühen, diese aufrecht zu halten. Vorurteile sind „selbstreferentiell“, sie schaffen sich ihre Wirklichkeit ohne auf die Realität angewiesen zu sein. Fremdenfeindlichkeit braucht nicht die Anwesenheit von Fremden. Das zeigt die Untersuchung Ahlheims und Hegers ebenfalls: In den Bundesländern, in denen die wenigsten Ausländer leben - in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg Vorpommern -, ist der Anteil fremdenfeindlich eingestellter Personen am höchsten. Er beträgt dort zwischen 43 und 52%. Dort, wo relativ viele Ausländer leben - in Hamburg und Bremen z. B. - gibt es die geringste Fremdenfeindlichkeit. Die Quote liegt da bei 18 bis 21% (Ahlheim/Heger 1999b, S. 29). Das heißt also, dass Fremdenfeindlichkeit tendenziell eher schwindet, wenn Fremde da sind. Das gibt einem lerntheoretischem begründeten Optimismus Auftrieb. Noch ein Hinweis dazu: Politisch gut informierte Personen neigen weniger zu fremdenfeindlichen Einstellungen (21%) als solche, die Informationsdefizite haben (46%) (Ahlheim/Heger 1999b, S. 94). Jugendliche sind - so ist es in einer anderen Untersuchung nachzulesen - um so antisemitischer eingestellt, je weniger sie über Juden und Judentum wissen (Sturzbecher/Freytag, 2000, S. 129f. u. 149f.). Aber unter Jugendlichen wachsen die Vorbehalte gegenüber Ausländern, auch haben bei ihnen autoritäre gesellschaftspolitische Vorstellungen zugenommen - so das Ergebnis einer in Nordrhein-Westfalen durchgeführten Jugendstudie (Jugendstudie „Rechtsextremismus und Gewalt“ vorgestellt, 2001).

Aber Fremdenfeindlichkeit ist kein Jugendphänomen - auch wenn die mediale Darstellung etwas anderes nahe legt. Je älter die Menschen sind, desto stärker sind sie auch fremdenfeindlich eingestellt: In den alten Bundesländern sind 14% der 18-25-jährigen fremdenfeindlich eingestellt, dagegen 45% der 66-75-jährigen (Ahlheim/Heger 1999b, S. 35).

Entscheidend für die Entwicklung fremdenfeindlicher Haltungen ist, ob eine im Erziehungs- und Sozialisationsprozess vermittelte Vorurteilsbereitschaft zugrunde liegt. Ist dieses der Fall, dann braucht man Fremde und Ausländer als Sündenböcke.

Hierzu geben Ahlheim/Heger zwei Hinweise (Ahlheim/Heger 1999b, S. 82f.):

1. Die klassische autoritäre Erziehung: Sie ist der Grund für eine Kränkung, die sich aber nicht gegen die Eltern/Erzieher richten darf. Daher werden „böse“ Eigenschaften auf andere projiziert.
2. Die „verweigerte Erziehung“: Damit ist die Weigerung von Müttern und Vätern gemeint, Eltern zu sein: Gefühle der Unberechenbarkeit und Unzuverlässigkeit führen bei den Kindern zu Ohnmacht und Kränkung und dann wieder zu Projektionen.

Äußerst perspektivreich vor Erziehung und Bildung ist die Erkenntnis, dass Fremdenfeindlichkeit bei den Menschen am geringsten ist, die eine „akzeptierend-zuverlässige Erziehung“ (Ahlheim/Heger 1999b, S. 85ff.) erlebt hatten. Hierfür gibt es vier Merkmale: liebevoll, demokratisch, zuverlässig, gewaltfrei. Kinder, die in ihrer Erziehung alle diese Merkmale erlebt hatten, haben später in einer deutlich signifikanten Weise nur eine geringe Fremdenfeindlichkeit (Ahlheim/Heger 1999b, S. 87).

Und nun zu meiner dritten Behauptung, dass die Erwachsenenbildung/außerschulische Bildungsarbeit über ein gutes didaktisches und methodisches Repertoire verfügt, um sich präventiv und reaktiv mit dem Rechtsextremismus und den Erscheinungen seines Vor- und Umfeldes auseinander zu setzen.

#### **Vom Alltag der Erwachsenenbildung und der Notwendigkeit der Bildungsarbeit gegen rechts**

- *Die Volkshochschule bot einen Kursus zur Alltagsgeschichte im Nationalsozialismus an. Die Resonanz war erfreulich: über zwanzig Teilnehmende. Darunter waren aber auch fünf, die sich vorgenommen hatten, den „Legenden und Lügen“ über diese Zeit entgegenzutreten. Das versuchten sie vehement und lautstark. Allen Darstellungen und Erklärungen*

gen des Kursleiters wird sofort widersprochen; zum „Beleg“ wurde aus Schriften einschlägiger Verlage zitiert. Die Veranstaltung drohte zu einem harten Schlagabtausch zwischen den fünf und dem Kursleiter zu werden. Die übrigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer hielten sich zunächst zurück und schwiegen. In der zweiten Stunde jedoch äußerten sie sich einhellig und forderten die fünf – übrigens alle Männer zwischen 50 und 60 Jahren - auf, die Veranstaltung zu verlassen. Mit der Bemerkung „eine objektive Meinungsbildung ist hier nicht erwünscht“ verließen sie den Raum und kamen auch nicht mehr wieder.

- Dieselbe VHS hatte Ignatz Bubis eingeladen. Es wurde zu einem Großereignis: 250 Hörerinnen und Hörer drängelten sich in der Aula des örtlichen Gymnasiums. Fünfzehn davon waren bereits sehr früh gekommen, unauffällig wirkende Bürger. Sie saßen voneinander getrennt, aber alle im Blickfeld des Referenten Bubis und des Veranstaltungs- und Gesprächsleiters platziert. Nach dem Vortrag bestand die Möglichkeit zur Diskussion. Es meldeten sich sofort Mitglieder aus der Gruppe der 15. Mit aggressiven Statements und Fragen polemisierten sie gegen Ignatz Bubis. Die restlichen Zuhörer saßen wie versteinert da. Nach der Veranstaltung, in der übrigens Bubis brillierte und eine Lehrstunde an demokratischer Aufgeklärtheit und an Standhaftigkeit bot, war Betroffenheit im Saal. Am nächsten Tag berichteten die örtlichen Zeitungen ausgiebig und kommentierten das Ereignis (Motto: „Der Schoß ist fruchtbar noch...“). Politiker und Verwaltungsvorgesetzte diskutierten darüber, ob die VHS mit dieser Veranstaltung dem Ansehen der Stadt geschadet hätte. Diejenigen, die am Abend anwesend waren, sprachen noch lange über ihr Schweigen.
- „Rassismus im Alltag“ hieß das Thema eines Vortrags. Referent war ein schwarzer Deutscher. Unter den 23, die als Zuhörer kamen, waren 12, die zusammengehörten. Sie kamen alle nicht aus der Stadt, in der die Veranstaltung stattfand. Aber sie bestimmten die Diskussion, indem sie selbst in übelster Weise rassistische Äußerungen von sich gaben („Von einem Neger lassen wir uns nichts sagen“, „Was verstehen Sie denn schon von Rassentheorie?“). Der Referent und der moderierende VHS-Mitarbeiter beschlossen, die Veranstaltung nicht abubrechen. Bis zum Ende wurde durchgehalten, wobei der Veranstalter als „Hausherr“ mehrfach mit Rauswurf drohte. Danach standen die übrigen 11, die sich anfangs nicht, dann aber deutlich in der Diskussion äußerten, erschüttert zusammen.

Auf ihren Wunsch richtete die VHS ein Anti-Rassismustraining ein.

- Es sollte eine unverfängliche VHS-Veranstaltung sein. Denn eine in der Stadt wohnende Autorin hatte einen historischen Roman veröffentlicht, der präsentiert werden sollte. Es war eine Geschichte, die vom Übergang ins Christentum und von „heidnischen“ Widerständen handelte. Die Autorin, eine ökologisch inspirierte Frau, wollte an frühe Weisheiten erinnern. Dies fand große Begeisterung bei etwa zehn Anwesenden, die die Diskussion an sich rissen und dabei versuchten, sie zu einer Plattform für germanische und gegen „christlich-jüdische“ Lebensformen werden zu lassen. Am Ende war die Autorin höchst irritiert: „Das so etwas aus meinem Buch herausgelesen werden kann, hätte ich nicht gedacht.“
- Ein Podiumsgespräch über die Ereignisse in der Stadt bei der „Reichskristallnacht“. Zeitzeugen waren eingeladen, der Saal war voll, die Betroffenheit deutlich spürbar. Etwa in der Mitte der Veranstaltung erschienen vier junge, martialisch gekleidete glatzköpfige Männer. Mit schweren Stiefeln schritten sie fünf Minuten lang im Veranstaltungsraum auf und ab. Mehr nicht – dann verschwanden sie.
- In einem Vortrag sollte mein Buch und Seminar „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“ vorgestellt werden. Es waren 45 Personen anwesend, darunter auch zehn Rechtsextreme. Diese waren frühzeitig gekommen, einzeln, saßen gut platziert und wollten sofort die Diskussion an sich reißen. Da ich die Gruppe kannte, machte ich ihre Anwesenheit gleich zu Beginn offenkundig. Die übrigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer reagierten sehr eindeutig auf sie. Immer wieder forderten sie diese auf, den Saal zu verlassen. Dennoch waren die zehn sehr lautstark, versuchten die Diskussion zum Kippen zu bringen und zur Plattform ihrer Selbstdarstellung – „Wir Rechtsextreme sind die Neger der Nation“ – umzufunktionieren. Neuerdings reist mir die Gruppe hinterher, um Veranstaltungen zu meinem „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“ zu stören und umzufunktionieren.

Diese Beispiele – ich habe sie alle selbst erlebt – mögen als streiflichtartiger Beleg für die These dienen, dass die Veranstaltungen der politischen Erwachsenenbildung Foren zur Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus sein können. Gleichzeitig zeigen Ereignisse dieser Art auch die Permanenz

des alltäglichen Rassismus und Rechtsextremismus.

### **Drei Einschränkungen**

Im Folgenden soll es um die Leistung und die Möglichkeiten gehen, die Institutionen der politischen Erwachsenenbildung und der außerschulischen Jugendbildung – also Volkshochschulen, Bildungsstätten in unterschiedlicher Trägerschaft – bieten. Hier gibt es Themen, Lern- und Bearbeitungsformen, die aus meiner Sicht zeigen können, dass auch die Erwachsenenbildung klar und unmissverständlich Position bezieht bzw. beziehen kann gegen anomische, gewalttätige, fremdenfeindliche, menschenverachtende und rechtsextreme Tendenzen.

Vorab möchte ich jedoch drei Einschränkungen machen:

Die Reichweite politischer Erwachsenenbildung ist begrenzt.

Die bildungspolitische Gesamtsituation erleichtert nicht gerade die sowieso schwierige Arbeit politischer Erwachsenenbildung.

Eine politische Erwachsenenbildung, die ihre Adressaten und Adressatinnen auch tatsächlich erreicht, muss sich freimachen von jeglichen Formen einer trocken dargebotenen „Verkündigungspädagogik“; statt dessen muss sie eine Lernkultur präsentieren, die – ohne Aufgabe inhaltlicher Qualität und normativer Positionsnahme – dem Lebensgefühl der Menschen dieser gegenwärtigen Gesellschaft entspricht.

Ad 1: Wenn bei alarmierenden gesellschaftlichen Ereignissen – wie beim immer wiederkehrenden, gegenwärtig besonders virulenten Rechtsextremismus – verstärkt nach politischer Bildung gerufen wird, dann muss realistisch auf deren Wirkungsmöglichkeiten hingewiesen werden. Denn zunächst einmal kommen die Menschen in die Veranstaltungen der politischen Erwachsenenbildung freiwillig. Das bedeutet, dass bereits eine grundlegende Motivation vorhanden ist. Menschen, die diese nicht haben, nehmen die Veranstaltungen nicht wahr. Weiterhin haben Erwachsene bereits eine lange Vorläufersozialisation hinter sich; dementsprechend sind Weltbilder, Grundüberzeugungen, psychische Dispositionen und Handlungsrepertoire bereits herausgebildet. Im Rahmen dieser Persönlichkeitsstruktur werden Bildungsangebote aufgenommen und integriert. „Gegen rechtsextreme Denk- und Handlungsmuster, gegen tief verankerte Vorurteilsstrukturen, gegen aggressiven Fremdenhass und Antisemitismus kommt kein Konzept politischer Bildung einfach an, denn Vorurteile sind weitgehend aufklärungsresistent, erweisen sich gar als ‚Bildungsbarrieren‘. ... Fremdenfeindlichkeit und

Vorurteile entziehen sich immer wieder aufklärender Bildung, bauen jedes Gegenargument in ihr krudes Weltbild ein“ (Ahlheim 2001, S. 21).

Die Stabilität von Vorurteilen zeigt sich in einem Experiment, das der amerikanische Psychologe Gordon W. Allport in den 40er Jahren durchführte: Er zeigte einem Auditorium ein Dia, das eine Szene in einer U-Bahn wiedergab. Ein schwarzer und ein weißer Mann stehen sich gegenüber, auf den Bänken im Waggon sitzen weitere Menschen. Der Schwarze ist mit Anzug, Krawatte und Hut bekleidet. Der Weiße trägt eine Arbeitskluft, in seinem Gürtel steckt ein messerähnliches Werkzeug. Der Weiße redet mit erhobenem Zeigefinger auf den Schwarzen ein, der hält beide Arme nach unten.

Nachdem das Dia gezeigt wurde, kommt eine Versuchsperson, die das Bild nicht gesehen hat, herein und erhält vor versammeltem Publikum 20 detaillierte Informationen über die Abbildung. Diese Person übermittelt das Gehörte einer zweiten Versuchsperson, die das Bild ebenfalls nicht kennt. Die so informierte zweite Versuchsperson berichtet dann einem dritten Probanden usw.. Am Ende (es gab mehrere hundert Durchläufe) hatte in der Hälfte der Berichte der Schwarze das Messer in der Hand, in vielen Fällen bedrohte er damit den Weißen (Siehe Hufer 2000, S. 61f.).

Alles in allem ist nur mit einer Minorität zu rechnen, die überhaupt Veranstaltungen der politischen Bildung wahrnimmt. Immerhin aber wird die Zahl derjenigen, die sich pro Jahr an Veranstaltungen der politischen Erwachsenenbildung beteiligen, zwischen 0,6 Millionen (Kuwon, 1999, S. 228) und 2,4 Millionen (Ciupke/Reichling 1999, S. 261) geschätzt.

Ad 2: Die weiterbildungspolitische Tendenz läuft seit anderthalb Jahrzehnten auf eine Deregulierung und Orientierung am „Markt“ hinaus. Eine Politik der Entstaatlichung und der neoliberal motivierten Aufgabe der Unterstützung von Bildungsangeboten, die vor allem im öffentlichen (und nicht nur im privaten) Interesse liegen, hat politische Erwachsenenbildung in eine schwierige Situation gebracht (siehe Hufer 1998, 1999a, 2001). Auch ihre Bildungsveranstaltungen müssen in etlichen Institutionen unter dem Gesichtspunkt finanzieller Nützlichkeit geplant und angeboten werden. Dieser Umstand erklärt, warum in den letzten Jahren die Teilnahmebeiträge stark gestiegen sind. Aber eine politische Bildung, die für ein pädagogisch sinnvolles Seminar von mindestens zehn Doppelstunden siebzig DM (oder auch mehr) Teilnahmegebühr verlangt, wird nicht zu realisieren sein. Das Publikum bleibt aus, denn erst kommen die Computer- und dann die Gesundheitskurse. Damit ist der private Bildungsetat erschöpft. Die in etlichen VHS- und anderen Bildungsprogrammen deutlich abzulesende Konsequenz: der Verlust an expliziten Politikveranstaltungen, die Alibi-Angebote aus dem Länderkun-

debereich oder der Rechtsberatung beispielsweise, die als „politische Bildung“ deklariert werden, das Schrumpfen auf reine Einzelveranstaltungen, die Effektsuche durch Event- und Talkshowelemente im noch verbliebenen politischen Bildungsangebot. Politische Bildung gegen den Rechtsextremismus, sein Umfeld und seine Vorläufer nicht nur anzubieten, sondern diese auch ernsthaft realisieren zu wollen, verlangt auch die Bereitschaft, Programmbereiche zu schaffen, die von dem Diktat betriebswirtschaftlicher Kalkulationen frei sind.

Ad 3: Neue Lebensformen sowie geänderte Rezeptionsweisen der Menschen erfordern auch entsprechende Präsentationen und Arbeitsformen politischer Bildung. Der Vortrag über die „Gefahren des Rechtsextremismus gestern und heute“, von einem Wissenschaftler der nächst gelegenen Universität oder einem Mitarbeiter des Verfassungsschutzes im Klassenzimmer des örtlichen Gymnasiums dargeboten, kann von seiner inhaltlichen Qualität bestimmt hervorragend sein. Auch der über zehn Abende hinweg gehende Kurs über den „Aufstieg und Fall des Nationalsozialismus“ ist sicherlich mit der besten Absicht geplant worden. Aber ob beide Veranstaltungen auch das vorgesehene Publikum erreichen, ist nicht sicher, möglicherweise zweifelhaft. Die Erwartungen an öffentlich Dargebotenen haben sich gewandelt. Innerhalb der politischen Erwachsenenbildung hat sich demzufolge bereits eine neue Lernkultur entwickelt, die sich in der Wahl ihrer Lernorte, Lernwege und Lernziele dem Lebensgefühl und den Kommunikationsformen der Menschen dieser Gesellschaft angepasst hat, die mit Etiketten wie Risiko-, Erlebnis-, Medien-, Multioptionen- oder Bürgergesellschaft charakterisiert wird (Hufer 1999b). Entscheidend für die Qualität und Seriosität politischer Bildung wird sein, dass sie dabei ihren kritischen Aufklärungsanspruch nicht verliert. D. h., die neue Lernkultur darf nicht zum Selbstzweck werden, sondern muss sich an den Prinzipien von Demokratisierung und Emanzipation orientieren.

### **Dilemmas der Bildungsarbeit**

Vor dem Hintergrund dieser drei relativierenden Erklärungen zum Umfeld und zu den Voraussetzungen politischer Erwachsenenbildung soll im nächsten Schritt der Horizont ihrer Arbeit umrissen werden. Dabei sind zunächst einmal mehrere Dilemmas anzumerken, die sich bei den Versuchen zeigen, mit Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit tätig zu werden.

a) Wie bereits erwähnt, stand bei den Aktivitäten zur Bekämpfung des Rechtsextremismus die Bildungsarbeit nicht im Mittelpunkt des Interesses. Es fällt immer noch schwer, aus einer

soziologischen Analyse der rechtsextremen und fremdenfeindlichen Stimmungen und Aktivitäten eine plausible Begründung für den Erfolg einer politisch-bildnerischen und dabei vor allem erwachsenenbildnerischen Intervention zu finden. „Politische Bildung spielt ... in der Auseinandersetzung mit dem Thema eher eine untergeordnete Rolle“ (Hafeneger 2000, S. 14).

- b) Verfehlt und eine erhebliche Überschätzung pädagogischer Möglichkeiten wäre es zu glauben, man könne mit politischer Erwachsenenbildung den harten rechtsextremen Kern erreichen. Eine mögliche Annahme, manifeste und militante Rechtsextreme würden eine Bildungsveranstaltung besuchen, um sich vom Gegenteil ihrer Haltung überzeugen zu lassen, ist absurd. Die möglichen Adressaten sind dagegen eher diejenigen, die sich gegen „rechts“ artikulieren und engagieren wollen. Ob es gelingt, „Anfällige“ und „Unentschiedene“ dazu zu bewegen, sich auf gegen Rechtsextremismus u. a. gerichtete Bildungsprozesse einzulassen, ist nicht zu verifizieren. Aber die „pädagogische Arbeit mit sogenannten ‚Normaljugendlichen‘“ und – auch „normalen Erwachsenen“ – darf „keinesfalls ... geringgeschätzt werden“ (Schubarth 2000, S. 43).
- c) Die fast schon inflationäre Vielzahl unterschiedlicher und auch konkurrierender Theorieangebote und wissenschaftlicher Deutungsversuche des Rechtsextremismus und/bzw. der Fremdenfeindlichkeit verweist darauf, dass die Bildungspraxis von dort kaum handlungsanleitende Hilfestellungen zu erwarten hat. Das Theorie-Praxis-Verhältnis ist zu Ungunsten der Letztgenannten eindeutig defizitär. Dass daraus eine eher zufällige und improvisierte wissenschaftliche Begründung der Bildungsarbeit erfolgt, ist naheliegend.
- d) Von der Bildung wird viel erwartet, die allgemeine Hilflosigkeit und sporadisch aufbrechender politischer und publizistischer Aktivismus führen zu einer unangemessenen Aufgabenzuweisung an die Pädagogik. Sie gerät in „die Rolle eines gesellschaftspolitischen Ausfallbürgen ..., nämlich gesellschaftliche Probleme ... mit pädagogischen Mitteln zu lösen, die sich pädagogisch nicht lösen lassen ...“ (Hafeneger 2000, S. 15). Tatsächlich aber kann - noch - auf keine gesicherten, empirisch solide gestützten Erfahrungen für eine erfolgversprechende pädagogische Arbeit zurückgegriffen werden. Politische Bildung gegen Rechtsextremismus pendelt derzeit zwischen Omnipotenzzuschreibung und Ohnmachtsempfindungen.

### Antworten der politischen Bildung

Trotz dieser Widersprüche und Schwierigkeiten gibt es politisch-bildnerische Antworten auf die Herausforderungen des Rechtsextremismus; für die Erwachsenenbildung sind es z. B. die folgenden:

- a) Perspektivreich ist es, sich pragmatisch auf die tatsächlich erscheinenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer einzustellen. Wunschenken nutzt nichts, der „harte“ rechtsextreme Kern wird keine Bildungsveranstaltungen von Volkshochschulen oder anderen Bildungsinstitutionen besuchen, um sich dort gegen die eigene Neigungen immunisieren zu lassen. Hingegen können Menschen angesprochen werden, die sich für demokratische Lebensverhältnisse engagieren möchten, „die interessiert und neugierig sind, die Informationen und Bestärkungen erwarten und vielfach politisch engagiert sind“ (Hafeneger 2000, S. 15). Das ist nicht wenig!
- b) Gerade Erwachsenenbildungseinrichtungen und hier vor allem die von hoher gesellschaftlicher Akzeptanz getragenen Volkshochschulen können eine ihrem Selbstverständnis gut entsprechende gesellschaftliche Funktion anbieten: Sie können ein Forum sein der Begegnung mit interessanten Menschen, der Erfahrung von spannenden Meinungen, der Kenntnisnahme von noch nicht gehörten Informationen, des Entdeckens zivilcouragierter Lebenswege, der Ermöglichung der eigenen Standortsuche und –festigung, des Erlebens von Demokratie durch eine diskursive und tolerante Bildungsatmosphäre.
- c) Das Repertoire an thematisch variablen und vielfältigen Themenangeboten, an methodischen Zugängen und Bearbeitungsformen ist so vielfältig geworden, dass es jeweils situations- und institutionsangemessen eingesetzt werden kann. Im Folgenden sollen Themenfelder und Angebotsformen systematisch und beispielhaft dargestellt werden.
- d) Eindeutig belegt ist, dass politische Informiertheit helfen kann, „fremdenfeindlichen Vorurteilen nicht allzu schnell auf den Leim zu gehen“ (Ahlheim/Heger 1999b, S. 94). „Natürlich kommt gegen vorurteilsvolle Fremdenfeindlichkeit, gegen aggressiven Fremdenhass, gegen verfestigte Denk- und Handlungsmuster kein Konzept politischer Bildung ganz einfach an, denn Vorurteile sind meistens aufklärungsresistent. ... Fremdenfeindlichkeit und Vorurteile entziehen sich immer wieder aufklärender Bildung, bauen jedes Gegenargument in ihr krudes Welt- und Feindbild ein. Aber eine politische Bildung, die

durch die Vermittlung politischen Wissens eine als bedrohlich und unübersichtlich erlebte Wirklichkeit analysiert und strukturiert, die ideologiekritisch Wirklichkeitserklärungen und -verfälschungen entgegenarbeitet, macht tendenziell den Rückgriff auf Vorurteile überflüssig, verwehrt sich dem bequemen (Nicht-)Denken, das ohne Stereotype und Schwarz-Weiß-Malerei nicht auskommt“ (Ahlheim/Heger 1999b, S. 95).

### Beispiele aus der Erwachsenenbildung

Wenn man der Einschätzung von einer „Entgrenzung“ des Rechtsextremismus (aus einer Fixierung auf parteipolitische Organisations- und Aktionsformen) folgt, können Bildungsangebote in unterschiedlichen thematischen Bereichen verortet werden, in Geschichte, Politik, Gesellschaft, Psychologie, Philosophie, Literatur, Pädagogik, Rhetorik. Die Themen können aktuell-politisch sein, die Geschichte des Nationalsozialismus am Ort und allgemein bewusst machen, die Soziologie der gegenwärtigen Fremdenfeindlichkeit benennen, interkulturelle Prozesse, Konflikte und Lebensformen verdeutlichen, Kenntnisse anderer als der hier etablierten Religionen vermitteln, die Entstehung von Autoritarismus darstellen, Literatur von Immigranten beinhalten u. v. a. m.. Der Phantasie sind hier kaum Grenzen gesetzt.

Das Evangelische Erwachsenenbildungswerk Nordrhein-Westfalen z. B. hat eine beeindruckende Dokumentation vorgelegt, die zeigt, wie vielfältig auf Gemeinde-, Kirchenkreis-, Verbands- und Werksebene an der Überwindung von Gewalt gearbeitet wird. Im Vorwort heißt es: „Evangelische Erwachsenenbildung steht hier vor einer Herausforderung – aber auch in einer Tradition. Mit ihrem Auftrag, Zeugnis und Orientierung aus christlichem Glauben zu geben, ist Erwachsenenbildung in kirchlicher Verantwortung schon immer eine Arbeit gegen Gewalt. Mit dem christlichen Menschenbild sind Rechtsextremismus, Intoleranz und Gleichgültigkeit gegenüber den alltäglichen Übergriffen unvereinbar“ (Erwachsenenbildungswerk 20001, Vorwort).

Hier wie anderswo zeigt sich auch, dass das Spektrum der Herangehensweisen, Arbeitstechniken und Methoden groß ist. Erwachsenenbildung ist nicht mehr nur der Vortrag oder das klassische Seminar. Diese Veranstaltungsformen gibt es auch, sie sind weiterhin notwendig, aber daneben sind Begegnungen, Werkstätten, Trainings entwickelt worden, werden Möglichkeiten angeboten, sich mit Alltag und Lebenswelten auseinander zu setzen.

Auch haben Volkshochschulen und andere Bildungseinrichtungen mit Erfolg und starker Resonanz die in der Öffentlichkeit umstrittene Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ gezeigt und von diversen

Veranstaltungen begleitet. Die Vielfalt der Angebote umfasst beispielsweise

- Gedenkstättenpädagogik (Außerschulische Bildung 2000) (mit Exkursionen zu Konzentrationslagern und anderen Erinnerungsstätten)
- Begegnungen mit Differenzerfahrungen (Fischer/Kallinikidou 2000)
- Trainings zur gewaltfreien, antirassistischen Nachbarschaftshilfe (Beck/Peters 1995)
- alternative Stadtführungen/-rundfahrten zu Stätten von Naziherrschaft, Verfolgung und Widerstand ...

Die Chancen dieser Arbeit liegen darin, diejenigen zu unterstützen, die sich gegen Rechtsextremismus, Autoritarismus und Ausländerfeindlichkeit engagieren möchten. Es gibt darüber hinaus auch Möglichkeiten, präventiv tätig zu werden, zu verhindern, dass sich jemand beispielsweise im rechtsextremen Bereich engagiert. Dazu – für die Prävention – sind indirekte Zugangsweisen wichtig, beispielsweise wenn Schüler und Schülerinnen eine demokratische Schulkultur und ein offenes Lern- und Erziehungsklima erleben. Hierbei können Demokratie, Toleranz und der Wert von sozialen Beziehungen erfahren werden. Diese Erfahrungen werden zu Erkenntnissen, z. B. zu dieser, dass Demokratie eine plausible Alternative zu den Gemeinschaft und Kameradschaft stiftenden Angeboten der rechtsextremen Szene ist (siehe Hafener 1993, S. 44, 49, 52, 55, 65, 72). Emotionale Gegenstrukturen schaffen – das wäre eine wichtige Aufgabe einer Pädagogik gegen den Rechtsextremismus von Jugendlichen. Lehrer/innen und Erzieher/innen spielen dabei nicht unbedingt die bedeutendste Rolle, die Cliques und Peer-Groups sind entscheidender. Aber trotzdem überzeugt schon bei Jugendlichen, wenn ihnen eine authentische und standpunktfeste Person gegenübertritt, die, ohne sich anzubiedern, sich mit ihnen auseinandersetzt. Dann können die Argumente auch zum Zuge kommen – sie bleiben aber wirkungslos, wenn der Pädagoge/die Pädagogin entweder indifferent oder autoritär, entweder allzu verständnisvoll oder rigide ablehnend erscheint. Es gibt Berichte darüber, dass pädagogische Erfahrungen mit solchen Lehrern/innen den Ausstieg aus den rechten Gruppen initiiert hatten (Hafener 1993, S. 80).

Darüber hinaus gibt es für die Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit erprobte und bewährte Materialienbände für fundierte Praxisprojekte politischer Bildung (z. B. Ahlheim/Heger 1999a).

### **Argumentationstraining gegen Stammtischparolen**

Ich selbst habe ein „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“ entwickelt (Hufer 2000). Dieses Training stellt eine Verbindung von politischer

und sozialpsychologischer Information und Reflexion sowie rhetorischen Übungen dar. Bei diesem selbstgesteuerten Lernprozess werden sinnvolle Verhaltensweisen und Gegenstrategien bei fremdenfeindlichen, diskriminierenden und reaktionären Sprüchen entwickelt und geübt. Mittlerweile ist dieses Training in etlichen Erwachsenenbildungseinrichtungen auch von vielen nicht institutionalisierten Gruppen erfolgreich erprobt worden. Die Resonanz ist sehr groß: Die Aufmerksamkeit der Medien ist enorm – selten wurde ein Projekt der politischen Bildung öffentlich so beachtet. In den letzten Monaten habe ich für den Landesverband der Volkshochschulen NRW ca. 65 Trainer und Trainerinnen ausgebildet, in ca. 80% der nordrhein-westfälischen Volkshochschulen wird dieses Training gegenwärtig durchgeführt. Aber auch in anderen Bundesländern und in anderen Bildungseinrichtungen und Gruppen wird geübt, wie nach dieser Methode mit mehr Selbstsicherheit und Aussicht auf Erfolg interveniert werden kann, wenn an der Ladentheke, am Arbeitsplatz, am Gartenzaun, bei der Familienfeier oder in der Kneipe unerwartet Sprüche kommen wie „Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“, „Arbeitslose sind faul“, „Asylbewerber sind doch nur Wirtschaftsflüchtlinge“ oder „Unter Adolf wäre das nicht passiert“.

Ich komme derzeit mit Hunderten von Menschen aus unterschiedlichen Regionen und weltanschaulichen, kulturellen und sozialen Bezügen zusammen. Dadurch weiß ich, dass es sehr viele gibt, die sich engagieren möchten gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Sie wollen ihren Beitrag leisten für eine zivile, humane, offene und demokratische Gesellschaft. Die Einrichtungen der Erwachsenenbildung und der außerschulischen Jugendbildung können sie dabei in vielfältiger Weise unterstützen. In ihren Veranstaltungen erfahren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Unterstützung und Ermunterung, sie erhalten Argumente und Gründe, Wissen und Kenntnis. Am Ende eines Argumentationstrainings drückte eine ältere Frau ihre Zufriedenheit so aus: „In dem Seminar habe ich gelernt, dass es auch dann einen Sinn hat, einen Standpunkt zu vertreten, wenn die Antworten nicht gleich wie aus der Pistole geschossen kommen. Außerdem bin ich froh, erlebt zu haben, dass es anderen so geht wie mir. Ich habe mir für die Zukunft vorgenommen, weiterhin meine Meinung zu vertreten, auch wenn ich mit ihr alleine stehe.“

Und ein Jugendlicher sagte zu seinem Motiv, an dem Training teilzunehmen: „Ich war früher sehr rechts. Jetzt aber will ich meinen Beitrag dazu leisten, dass möglichst viele so wie ich den Ausstieg finden.“

Um die Unterstützung von Personen wie diesen beiden geht es; viel mehr kann und braucht politische Bildung nicht erreichen.

## Literatur

- Ahlheim, Klaus: Rechtsextremismus als Herausforderung für die politische Bildung, Schwalbach/Ts. 2001
- Ahlheim Klaus/Heger, Bardo: Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit. Handreichungen für die politische Bildung, 2. leicht veränderte Auflage, Schwalbach/Ts. 1999a
- Ahlheim, Klaus/Heger, Bardo: Der unbequeme Fremde. Fremdenfeindlichkeit in Deutschland – empirische Befunde, Schwalbach/Ts. 1999b
- Außerschulische Bildung 2/2000 (Themenschwerpunkt: Erinnerungskultur im Wandel, Entwicklungen der Gedenkstättenpädagogik, Beispiele politischer Bildung zum Nationalsozialismus, Symbole kollektiven Gedenkens)
- Beck, Detlef/Peters, Andreas: Training gegen Gewalt und Rassismus – gewaltfreie Nachbarschaftshilfe, in: Klaus-Peter Hufer (Hrsg.): Politische Bildung in Bewegung. Neue Lernformen der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Schwalbach/Ts. 1995, S. 69 - 118
- Butterwegge, Christoph: Entschuldigung oder Erklärung für Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Bemerkungen zur Diskussion über die Entstehungsursachen eines unbegriffenen Problems, in: Christoph Butterwegge/Georg Lohmann (Hrsg.): Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analyse und Argumente, Opladen 2000, S. 13 – 36
- Ciupke, Paul/Reichling, Norbert: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, in: Beer, Wolfgang/Cremer, Will/Massing, Peter: Handbuch politische Erwachsenenbildung, Bonn 1999, S. 257 – 288
- Evangelisches Bildungswerk Nordrhein: Gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Veranstaltungen im 1. Halbjahr 2001
- Fischer, Veronika/Kallinikidou, Desbina: Fremdheit entsteht durch Nähe – Nähe schafft Vertrauen. Ost-West-Begegnung mit Migrantinnen und ostdeutschen Frauen, in: kursiv. Journal für politische Bildung 1/2000, S. 18 – 21
- Frankfurter Rundschau v. 6. März 2001, S. 3 (Rechtsextreme: Schlägergruppe verletzt jungen Türken schwer)
- Fünf Millionen Deutsche: „Wir sollten wieder einen Führer haben ...“ Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellung bei den deutschen, Reinbek b. Hamburg 1981
- Hafeneger, Benno: Rechte Jugendliche. Einstieg und Ausstieg: Sechs biographische Studien, Bielefeld 1993
- Hafeneger, Benno: Demokratiegefährdung von rechts und politische Bildung. Bilanz und Ausblick, in: kursiv. Journal für politische Bildung 2/2000, S. 12 - 17
- Heitmeyer, Wilhelm: Belehrungen kommen gegen Erfahrungen nicht an, in: Politisches Lernen 2/1990, S. 5 - 10
- Heitmeyer, Wilhelm: Wenn Belehrung gegen Erfahrung nicht ankommt, in: Frankfurter Rundschau v. 22.10.1992
- Hufer, Klaus-Peter: Vom Bildungsziel zum Kostendeckungsgrad – Politische Bildung auf dem „Weiterbildungsmarkt“, in: kursiv. Journal für politische Bildung 1/1998, S. 28 – 32
- Hufer, Klaus-Peter: Politische Bildung auf dem Weiterbildungsmarkt, in: Politik Unterrichten 1/1999a, S. 16 – 27
- Hufer, Klaus-Peter: Neue Lernkulturen in der politischen Bildung, in: Report. Literatur- und Forschungsreport Weiterbildung, Nr. 44/1999b, S. 48 – 57
- Hufer, Klaus-Peter: Argumentationstraining gegen Stammtischparolen. Materialien und Anleitungen für Bildungsarbeit und Selbstlernen, Schwalbach/Ts. 2000 (5. Aufl. 2002)
- Hufer, Klaus-Peter: Für eine emanzipatorische politische Bildung. Konturen einer Theorie für die Praxis, Schwalbach/Ts. 2001
- Kuwan, Helmut: Teilnahme an politischer Weiterbildung, in: Klaus-Peter Hufer (Hrsg.): Außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung, Bd. 2 des Lexikons der politischen Bildung (hrsg. von Georg Weißeno), Schwalbach/Ts. 1999, S. 228f.
- Jugendstudie „Rechtsextremismus gegen Gewalt“ vorgestellt, Düsseldorf, 2.3.2001, [www.mfjfg.nrw.de](http://www.mfjfg.nrw.de)
- Rede von Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer, Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld, beim Stadttorgespräch am 16.8.2000
- Scherr, Albert: Rechtsextremismus, in: Klaus-Peter Hufer (Hrsg.): Außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung, Bd. 2 des Lexikons der politischen Bildung, hrsg. von Georg Weißeno, Schwalbach/Ts. 1999, S. 206 – 209
- Schubarth, Wilfried: Pädagogische Konzepte als Teil der Strategien gegen Rechtsextremismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 39/2000, S. 40 - 48
- Sie starben, weil sie anders aussahen, anders dachten, anders lebten. Eine Bilanz rechtsextremistischer Gewalt im Deutschland der vergangenen zehn Jahre, in: Frankfurter Rundschau v. 14.9.2000, S. 7 – 9, u. 5.10.2001, S. 8
- Stadt Münster, Volkshochschule (Hrsg.): Barbarei des Krieges. Ein Projekt der Volkshochschule Münster, Münster 1999
- Sturzbecher, Dietmar/Freytag, Ronald: Antisemitismus unter Jugendlichen, Göttingen u. a. 2000
- Süddeutsche Zeitung vom 3./4.3.01, S. 1 (Zahl rechtsextremistischer Straftaten drastisch angestiegen)

## Helfen Verbote gegen Hasspropaganda im Internet? Pro- und Contra Argumente

Zusammengestellt von Birgit Rheims, Medienprojekt Rechtsextremismus IDA-NRW

Angesichts der zahlreichen rechtsextremen Seiten im Internet fordern viele entschiedene Gegenmaßnahmen: Was offline verboten sei, sei auch online zu verbieten, und insbesondere Kinder und Jugendliche müssten vor dem braunen Sumpf geschützt werden. Was aber nützen derartige Argumente, wenn es keine international geteilten Standards hinsichtlich der Frage gibt, was „gerade noch erlaubt“ bzw. „auf jeden Fall zu verbieten“ ist. Unterschiedliche Rechtsauffassungen etwa zwischen der Bundesrepublik und den USA führten in den letzten Jahren dazu, dass von deutschen Providern gesperrte Seiten via USA wieder im Netz abrufbar waren. Was also ist zu tun? Sollen Filtersysteme technologisch weiterentwickelt werden? Ist die Verbotsverfügung der Bezirksregierung Düsseldorf an alle Zugangsprovider in NRW ein probates Mittel? Oder gleicht der Kampf gegen rechtsextreme Websites einem Kampf gegen Windmühlen und ist auch bei Hass und Hetze im Internet vor einer Beschränkung der Informations- und Meinungsfreiheit zu warnen? Wir dokumentieren nachfolgend eine Gegenüberstellung von Argumenten für und gegen Verbote im Internet. Die Zusammenstellung basiert auf Kurzzitaten, die wir verschiedenen Meldungen und Veröffentlichungen entnommen haben. Aus Platzgründen haben wir an dieser Stelle auf eine vollständige Quellenangabe verzichtet. Eine ungekürzte Fassung mit ausführlicher Quellenangabe findet sich unter [www.ida-nrw.de/html/Fverbot.htm](http://www.ida-nrw.de/html/Fverbot.htm).

Argumente für Verbote im Internet	Argumente gegen Verbote im Internet
<p>„Die deutschen Rechtsextremisten setzen bei ihrer Propaganda immer stärker auf das Internet. Die Zahl ihrer Internet-Seiten habe sich innerhalb von drei Jahren vervierfacht, teilte das nordrhein-westfälische Innenministerium [...] mit. Nach Informationen des NRW-Verfassungsschutzes gebe es derzeit über 1.300 Homepages deutscher Rechtsextremisten. Im vergangenen Jahr seien es noch 800 gewesen. Innenminister Fritz Behrens (SPD) nannte diesen <b>drastischen Anstieg</b> ‚<b>Besorgnis erregend</b>‘.“</p> <p>Quelle: epd v. 4.4.02</p>	<p>„In den letzten [...] Monaten ist immer wieder zu hören, dass immer mehr Nazis sich im Internet tummeln würden. [...] Der Bundesverfassungsschutz hat 1999 330 deutschsprachige rechtsextremistische Seiten gezählt. Zum Vergleich: die Suchmaschine Google hat im November 2000 als größte Internet-Suchmaschine rund 1,247 Milliarden Web-Seiten in ihrem Index, wobei davon auszugehen ist, dass dies nur ein kleiner Teil der tatsächlichen Anzahl der Internetseiten ist. Geht man großzügig von 2000 rechtsextremen Webseiten aus, haben, gemessen an der Zahl der von Google indexierten Seiten nur 0,00016% Internet-Seiten einen rechtsextremen Hintergrund. Zum Vergleich: der Bundesverfassungsschutz zählte 1999 rund 9000 gewaltbereite Rechtsextremisten und 51.400 rechtsextremistische Personen. Wohlgemerkt: <b>außerhalb des Internets</b>. Die Frage, wovon nun <b>wirklich eine Gefahr</b> ausgeht ist nur rhetorischer Natur.“</p> <p>Quelle: <a href="http://www.odem.org/insert_coin/medien/schluesse.html">www.odem.org/insert_coin/medien/schluesse.html</a></p>
<p>„Wichtig ist [...] nicht die Gesamtzahl rechtsextremer Angebote, sondern deren <b>Qualität und Bekanntheit</b>. Fünf gut gemachte und vielen Jugendlichen bekannte Angebote sind politisch wirkungsvoller als 5.000 dilettantische Angebote, die kein Jugendlicher besucht.“</p> <p>Quelle: Kind, Jugend und Gesellschaft 1/01</p>	<p>„Hans-Gerd Jaschke, Professor an der Berliner Fachhochschule [...]. Interessanterweise hätten seine Untersuchungen ergeben, dass das Internet zwar innerhalb des Rechtsextremismus eine sehr <b>große Wirkung</b> habe - aber <b>nur intern</b>. Die externe Wirksamkeit rechtsextremer Internet-Auftritte sei - zumindest noch - nicht so bedeutend und werde überschätzt.“</p> <p>Quelle: NRZ v. 3.9.01</p>
<p>„NRW-Innenminister Dr. Fritz Behrens warnte davor, die Wirkung rassistischer, volksverhetzender und den Holocaust leugnender Seiten im Internet auf Jugendliche zu unterschätzen: ‚Rechtsextremisten legen es mehr und mehr darauf an, ihre Auftritte auf jugendliche Zielgruppen auszurichten. Mit <b>verbesserten, werbewirksamen Präsentationen</b>, animierten Graphiken, Chat-Rooms, Radio- und Videosendungen oder Tonclips in digitaler Qualität wollen sie erreichen, dass ihnen gerade junge Menschen ‚auf den Leim gehen‘.“</p> <p>Quelle: Pressemitteilung des Innenministeriums NRW v. 26.7.01</p>	<p>„Grafisch sind die Sites und Spiele der rechten Szene <b>meist grottenschlecht</b>‘, sagt net-Mitarbeiter Michael Wörner-Schappert [...]. ‚Doch um Jugendliche anzulocken, reicht schon der <b>Reiz des Verbote</b>nen.““</p> <p>Quelle: epd v. 15.2.01</p>
<p>„Wir sind <b>gegen Zensur</b>. Die Meinungs- und Informationsfreiheit gehört zu den wichtigsten Grundrechten unserer Gesellschaft. [...] Jedoch kann der Zugang zu einzelnen Medien auch für Erwachsene erschwert werden, wenn und soweit dies für den</p>	<p>„Wer sich zum Thema äußert, suggeriert immer eine ganz persönliche und <b>subjektive Theorie</b> – wie Medien Ideen und Einstellungen der Konsumenten beeinflussen. Ob und wie zum Beispiel der Anblick von Hakenkreuzen auf Websites politische Meinungen</p>

<p><b>Schutz der Jugend</b> erforderlich ist. Dateien, die Kinder oder Jugendliche gefährden könnten, dürfen unter bestimmten Voraussetzungen im Internet <b>nicht frei abrufbar</b> sein. Wollen Erwachsene solche Dateien anschauen, so ist das nur in alterskontrollierten, geschlossenen Benutzergruppen möglich. [...] Kinder und Jugendliche sind <b>kompetente Mediennutzer</b>. [...] Der positive Zugang zu den Online-Medien ist für Kinder und Jugendliche aber nur dann gewährleistet, wenn sie nicht an jeder Ecke über <b>problematische Angebote</b> stolpern. Man kann nicht voraussetzen, dass Kinder mit Darstellungen von Gewalt, Pornographie [...], etc. ohne weiteres klarkommen. Sie brauchen daher noch Schutz vor Bildern, Texten oder Filmen, die ihnen <b>Angst</b> machen, die sie <b>aggressiv</b> machen oder ihnen <b>sozialschädliche</b> Orientierungen nahe legen.“</p> <p>Quelle: <a href="http://www.jugendschutz.net">www.jugendschutz.net</a></p>	<p>ändert, ist strittig. Die These, weniger rechte Websites seien ein Erfolg [...], unterschiebt ebenfalls eine spezielle Medientheorie, deren uneingestandene Implikation aber zunächst diskutiert werden müssten. Der klassische Jugendschutz – etwa im Sinne seiner orthodoxen Vertreter wie jugendschutz.net [...] – muss doch prinzipiell eingestehen, dass der Kampf gegen das jeweils virtuelle Böse [...] ein <b>Kampf gegen Windmühlenflügel</b> sei. Dort proklamiert man Filtersysteme, fordert ‚Jugendschutzkontrollsoftware‘ und geriert sich als eine Art <b>Bürger-Online-Polizei</b> [...]. Dieses Konzept ist ähnlich fragwürdig wie die Idee, politische Normen und Werte durch private Firmen – in Gestalt der Indices der jeweiligen Filtersoftware – vorgeben zu lassen. Dass Filter ohnehin nur die ‚schützen‘, die technisch ahnungslos sind, [...] wird schamhaft verschwiegen.“</p> <p>Quelle: Archiv der Jugendkulturen (Hg.): Reaktionäre Rebellen, Berlin 2001</p>
<p>„Wer vom Ausland aus volksverhetzendes Gedankengut wie etwa die <b>Auschwitzlüge im Internet</b> verbreitet, kann <b>nach deutschem Recht bestraft</b> werden. Der Bundesgerichtshof (BGH) entschied [...], ausschlaggebend sei, dass der Text in Deutschland abrufbar sei und von Deutschland aus weiterverbreitet werden könne. Dadurch sei der Text geeignet, den inneren Frieden der Bundesrepublik zu stören und erfülle den Straftatbestand der Volksverhetzung. <b>Wo ein Text ins Internet gestellt werde und wo sich der dazugehörige Rechner befände</b>, sei dann <b>nicht maßgeblich</b>, urteilten die Richter.“</p> <p>Quelle: Newsarchiv von <a href="http://www.juden.de">www.juden.de</a> v. 12.12.00</p>	<p>„Der BGH spricht von Äußerungen, die <b>den Frieden im Inland</b> stören würden. Solche Argumente ist man ansonsten <b>nur von autoritären Regimen gewöhnt</b>, und welche Folgen dies haben kann, lässt sich einfach ausmalen: In Ländern wie dem Iran wird ‚der innere Frieden‘ massiv gestört, wenn Frauen unverhüllt abgebildet werden. Wie groß wäre der Aufstand, wenn ein Deutscher [...] im Iran zum Tode verurteilt werden würde, weil er die auch im Iran abrufbare Internetseite eines Dessous-Herstellers gestaltete? Es wirft sich unweigerlich die Frage auf: Kann es sich ein Staat wirklich erlauben, seine Gesetzgebung auf ein globales Medium auszudehnen? [...] Anstatt nationale Gesetze auszudehnen, sollte lieber überlegt werden wie man sinnvoll mit Holocaust-Leugnern umgehen kann. Der einzige sinnvolle Weg kann nur <b>durch Aufklärung zum Erfolg</b> führen. Die Behauptungen der Holocaust-Leugner zu widerlegen ist nicht schwer. Die Aufklärungs-Site <a href="http://Nizkor">Nizkor</a> beschreitet diesen Weg erfolgreich und veröffentlicht z. B. <a href="#">Dokumente</a>, die die Argumente der Revisionisten widerlegen.“</p> <p>Quelle: <a href="http://www.odem.org/insert_coin/medien/schluesse.html">www.odem.org/insert_coin/medien/schluesse.html</a></p>
<p>„Erfolg für die Aktion Kinder des Holocaust (AKdH): Die Internetprovider [...] haben auf Antrag der AKdH den Zugang zum Provider ‚<a href="http://www.front14.org">www.front14.org</a>‘ [...] gesperrt. Laut AKdH-Mitteilung [...] hat die <b>Spernung dieses Providers</b> zur Folge, dass <b>754 Nazi-Seiten</b> aus dem Internet verbannt werden. ‚<a href="http://www.front14.org">www.front14.org</a>‘ zeige nur rassistische Homepages mit meist nazistischem Gedankengut, die gegen das Schweizer Strafgesetz verstießen. AKdH-Sprecher Samuel Althof bezeichnete [...] die Bestrebungen zur Schließung von Nazi-Homepages als ‚<b>langen Kampf</b>‘. Dabei gehe man nach der Strategie vor, solche Seiten weg von den Gratis-Providern hin zu explizit nazistischen Providern zu vertreiben, um darauf den Zugang zu diesen sperren zu lassen.“</p> <p>Quelle: <a href="http://swissinfo">swissinfo</a> v. 17.2.01</p>	<p>„Auch die Aktion der Organisation ‚Kinder des Holocaust‘, die Provider dazu drängen, bestimmte Websites zu sperren, ist ‚<b>heiße Luft</b>‘, <b>symbolische Politik ohne Wirkung</b>: Jeder, der einen sogenannten anonymen Proxy benutzt (kostenlos), kann so die Seiten dennoch sehen.“</p> <p>Quelle: Allgemeine Jüdische Wochenzeitung v. 1.3.01</p>
<p>„Die Initiative ‚Zusammen gegen Rechts im Internet‘ konnte in den ersten sechs Monaten dieses Jahres <b>118</b> rechtsextremistische Homepages mit</p>	<p>„Ein Erfolg? Nicht wirklich. [...] Wann immer Internet-Dienstleister Seiten Rechtsextremer sperren, <b>tauchen sie andernorts wieder auf</b>. ‚Praktisch jede Internetseite ist mehrfach gespiegelt‘, sagt Harald Summa, Geschäftsführer beim Verband der deutschen Internet-Wirtschaft. [...] Experten halten das Sperren von Homepages sogar für kontraproduktiv: <b>Ein Verbot erhöhe den Reiz</b> dieser Seiten und mache es unmöglich, sich mit dem Denken der Rechten tatsächlich auseinander zu setzen. Das aber sei dringend nötig, findet etwa das jüdische Netzwerk <a href="http://Nizkor">Nizkor</a> [...]. Nur so, glaubt auch Andreas Bogh vom Chaos Computer Club, könne man dem rechten</p>

<p>strafbaren Inhalten <b>abschalten lassen.</b>“</p>	<p>Ungeist im Netz wirkungsvoll begegnen: Letzten Endes sei der einzige Weg, ‚Lügen zu bekämpfen, die <b>Wahrheit zu verbreiten</b>‘.“</p>
<p>Quelle: FR v. 2.8.01</p>	<p>Quelle: FR v. 3.8.01</p>
<p>„Schindler berichtet, dass auch <b>Hacker</b> schon <b>erfolgreich</b> gegen Nazi-Seiten vorgegangen seien. [...] Vereinzelt hätten Anbieter aufgeben, weil sie sich gegen Hack-Angriffe nicht mehr schützen konnten. Von vornherein zu sagen, das Internet sei schwer zu kontrollieren, ist in seinen Augen eine Kapitulation. Sein Appell: <b>‚Nicht kapitulieren, sondern Nazi-Seiten attackieren.‘</b>“</p> <p>Quelle: Berichte zum Kongress der Bundeszentrale für politische Bildung vom 19.-21.3.01</p>	<p>„Allerdings gibt es die offenbar vor allem in letzter Zeit sich verbreitende Haltung, dass man doch alles, <b>was einem nicht passt</b>, selbst wenn es (noch) nicht verboten ist, vorsichtshalber aus dem Web entfernen muss. Heute ist schließlich Zivilcourage erforderlich, die sich allerdings nicht viele Gedanken um die Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit in einer Demokratie zu machen scheint. [...] Das hat alles eher den Charakter einer Hexenjagd, die sehr schnell auch auf andere Bereiche oder Gruppierungen übergreifen kann.“</p> <p>Quelle: Telepolis v. 23.11.00</p>
<p>„Im Februar 2002 hat die Bezirksregierung Düsseldorf [...] die Zugangs- (Access-) Provider in Nordrhein-Westfalen zur Sperrung von zwei rechtsextremistischen Internet-Angeboten aufgefordert. In diesen Angeboten, die über amerikanische Host-Provider verbreitet werden, wird zu Hass und Gewalt gegen Juden, Ausländer und Menschen anderer Herkunft und Rasse aufgerufen. Das friedliche Zusammenleben aller Menschen in der Bundesrepublik Deutschland wird in Frage gestellt und bekämpft [...]. Die nationalsozialistische Rassenideologie wird in diesen Angeboten zu Propagandazwecken verbreitet, der Holocaust wird geleugnet oder glorifiziert. [...] Wenn solche Angebote jederzeit im Internet abgerufen werden können, wird der Eindruck vermittelt, neonazistische Inhalte seien gesellschaftsfähig. Es gibt aber <b>keinen allgemeinen Informationsanspruch auf menschenverachtende Inhalte.</b>“</p> <p>Quelle: Grundsatzklärung der Bezirksregierung Düsseldorf (Stand: 17.4.02)</p>	<p>„Wer wirklich will und technisch nur ein wenig versiert ist, gelangt trotzdem auf die gewünschten Seiten‘ - sagt der Chaos Computer Club. [...] Um Parolen sind die Hacker nicht verlegen. Auch wenn der Index unerwünschter Webpages in Düsseldorf bisher noch kurz ausfällt, so gibt es keine Garantien für die Zukunft, wie etliche Beispiele aus diktatorisch regierten Staaten zeigen, in denen technische Maßnahmen, wie sie Jürgen Büssow vorschweben, schon längst Praxis sind. Das <b>Grundrecht auf freie Kommunikation und Information</b> ist nach Auffassung des CCC mit der Sperrverfügung ernsthaft <b>in Gefahr</b>. Nordrhein-Westfalen spiele damit den Vorreiter für eine Entwicklung, an deren Ende die Bundesrepublik <b>Seite an Seite mit</b> Staaten wie <b>Saudi-Arabien, Birma, China, dem Iran oder dem Irak</b> stehen werde.“</p> <p>Quelle: taz v. 21.3.02</p>
<p>„Die rheinische Kirche springt dem wegen seiner Medienpolitik scharf attackierten Düsseldorfer Regierungspräsidenten [...] bei. [...] Endlich übernehme jemand politisch die Initiative und wage es, auch das Internet in die <b>medienethische Verantwortung</b> miteinzubeziehen, erklärte Oberkirchenrat Harald Bewersdorff [...]. ‚Verabscheuungswürdige Seiten im Internet‘ dürften nicht hingenommen werden.“</p> <p>Quelle: NRZ v. 10.4.02</p>	<p>„Letztendlich ist keine Maßnahme wirksam, die nicht Deutschland-weit greift. Am besten wäre sogar eine EU-weite Regelung oder eine gemeinsame Maßnahme aller G-8-Staaten. [...] <b>Problematisch sind die für Deutschland typischen ‚Äußerungsdelikte‘</b>: Einschränkungen in der Meinungsfreiheit sind etwa <b>in den USA undenkbar</b>. Umgekehrt zeigen deutsche Internetseiten sexuell freizügigeres Material, als es die Amerikaner akzeptieren wollen. Die Schlussfolgerung: Manche Delikte können nicht international gebrandmarkt werden, weil der <b>kulturelle Hintergrund so verschieden</b> ist. Das muss man einfach akzeptieren.“</p> <p>Quelle: NRZ v. 18.12.01</p>
<p>„Das Vorhaben der Bezirksregierung [...] könnte durch einen unabhängigen und freiwilligen Filterdienst für Internet-Access Provider (Zugangsvermittler) hinfällig werden. [...] Mit den Technologien [...] können Zugangsvermittler künftig auch familienfreundliche Dienste anbieten. [...] Eine <b>zentrale und mit Fachleuten besetzte Einrichtung</b>, die Ergebnisse von Rating-Stellen, Kinder- und Jugendschutz-Organisationen, Internet-Hotlines sowie staatlichen Stellen koordiniert und sie in zielgruppenspezifische Filter-Dienste einfließen lässt, kann hier Abhilfe schaffen. Derartige Filter können</p>	<p>„Filtersoftware wie ‚Cyber Patrol‘, die von der Bremer Bildungsbehörde jetzt im ‚Probelauf‘ eingesetzt wird, um später vielleicht Schulen vor jugendgefährdenden Inhalten zu schützen, sei lediglich eine <b>Gewissensberuhigung</b> für Eltern und Lehrer, so Wörner-Schappert. ‚Für Jugendliche, die das wollen, ist es ein Leichtes, eine solche Barriere zu überwinden. [...] Was also tun? ‚Wir müssen solche Seiten mit den Kindern zusammen durchsehen und darüber <b>diskutieren</b>‘, schlug der Mainzer Jugendschutzbeauftragte vor. Allerdings können Lehrer und Eltern noch mehr tun. [...] ‚Oft reicht eine kurze E-mail, damit die Seite</p>

<p>von Providern selbst und von den Eltern unter ihren Kunden frei gewählt werden. Im Unterschied zu den heute verbreiteten Systemen, die auf dem heimischen Computer installiert werden, können sie jedoch von Kindern und Jugendlichen nicht umgangen werden.“</p> <p>Quelle: Pressemitteilung der IntraNet GmbH u. a. v. 19.12.01</p>	<p>gelöscht wird [...]’ Wem das zu wenig ist, der kann auch die Gästebücher und Diskussionsforen der Szene virtuell aufmischen: ‚Man muss den Leuten die <b>Gegenargumente</b> aufzeigen“, meinte Michael Wörner-Schappert. Und wenn das nur durch den Satz ‚Deutsche kauft nur deutsche Bananen’ geschieht.“</p> <p>Quelle: taz v. 16.2.01</p>
<p>„Jeder zweite Lehrer in Deutschland und den USA hält <b>Internetfilter</b> für ein wichtiges Instrument, um Schüler vor rechtsextremen [...] Internetseiten zu <b>schützen</b>. [...] Während des Internet-Surfens dominiert in Deutschland die persönliche Aufsicht durch Lehrer. Amerikanische Schulen setzen dagegen doppelt so häufig wie deutsche Schulen Softwarelösungen ein, durch die bestimmte <b>Seiten gesperrt</b> werden. Bei Missbrauch des Internets drohen Schülern in den USA strenge Strafen [...]. ‚Deutsche Lehrer schätzen die Abschreckungswirkung solcher Maßnahmen nicht’, sagt Dr. Ingrid Hamm, ‚sie setzen eher auf pädagogische Überzeugung und Selbstverantwortung von Schülern und ihren Eltern.’ [...] Viele Lehrer befürchten, dass die bisherigen Maßnahmen [...] nicht mehr ausreichen und befürworten zusätzliche Filtersoftware.“</p> <p>Quelle: Pressemitteilung der Bertelsmann Stiftung v. 10.10.00</p>	<p>„Provokativ steht der PC mit dem Hakenkreuz auf der Mattscheibe im Flur der Realschule [...]. Im Angesicht des Anderen heißt das Projekt [...]. <b>Wie die Neonazis das Internet missbrauchen, wird hier offengelegt.</b> [...] Auf den rechten Homepages haben die Schüler herumgewühlt und einige abschreckende Beispiele, Liedtexte und Hetzparolen, ans Licht gezerrt. So dargestellt können sie nicht verführen, müssen erschütternd wirken. Einen Text haben die Schüler umgedichtet und ins Gegenteil verkehrt, ein Aufruf zu Toleranz und Menschlichkeit. [...] Auf das Argument, solches Gedankengut dürfe nicht offen zugänglich sein, trafen die Zehntklässler ausgerechnet im Stadtarchiv. Der Zugang zu historischen Texten aus dem dritten Reich wurde den Schülern nicht gestattet, ihre Klassenlehrerin [...] musste das Material besorgen.“</p> <p>Quelle: WAZ (Lokalausgabe Mülheim) v. 16.11.00</p>

## Was tun gegen Rassismus und Gewalt?

### Projekte, Erfahrungen, Vernetzung

#### Website mit antirassistischen und interkulturellen Projekten in Schule und Jugendarbeit

Die seit April 2001 von IDA-NRW ins Netz eingestellte Website [www.Projekte-interkulturell-NRW.de](http://www.Projekte-interkulturell-NRW.de) wird auch im Jahre 2002 weiterhin interkulturelle und antirassistische Projekte, Literatur, Förderhinweise und pädagogische Materialien bereitstellen. Darüber hinaus werden im Laufe des Jahres Hinweise und Materialien zur Evaluation und Selbstevaluation interkultureller Jugendarbeit, erweiterte Informationen über besonders innovative Projekte sowie eine Rubrik mit Erläuterungen zu den wichtigsten Begrifflichkeiten der interkulturellen und antirassistischen Jugendarbeit auf der Seite zu finden sein. Ferner sollen praktische Informationen für die Projektarbeit entwickelt werden, z. B. zu fachlichen Standards, ein Planungsleitfaden und Hinweise zur Projektfinanzierung. Der Veranstaltungskalender wird laufend gepflegt. Für entsprechende Tipps, Hinweise und Informationen unter der Mailadresse [Projekte-interkulturell@IDA-NRW.de](mailto:Projekte-interkulturell@IDA-NRW.de) ist die Web-Redaktion auch weiterhin dankbar.

Gefördert wird das Projekt mit freundlicher Unterstützung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Programms „ENTIMON – Gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“.

#### Website [www.ida-nrw.de](http://www.ida-nrw.de) zum Thema Rechtsextremismus

Die Online-Präsenz von IDA-NRW wird in diesem Jahr im Rahmen des Projektes „Rechtsextremismus akut“ weiter ausgebaut. Für MultiplikatorInnen der Jugend- und Bildungsarbeit werden auf der Website sowohl theoretische Informationen zum Thema geliefert, als auch praxisbezogene Strategien gegen Rechtsextremismus dokumentiert und kommentiert. Kontinuierlich fortgeführt werden die Chronik rechtsextremer und rassistischer Übergriffe in NRW und die Hinweise auf neue Literatur und audiovisuelle Medien. Mit der Dokumentation der Diskussion um Verbote rechtsextremer Aufmärsche und Beschränkungen im Internet wurde bereits die Rubrik „Helfen Verbote?“ vervollständigt. In Kürze wird ein Überblick über rechtsextreme Dress- und Sprachcodes auf der Website abrufbar sein. Im Projektverlauf werden u. a. folgende Schwerpunkte in Form von Zusammenfassungen und Typologien zur Verfügung gestellt: Merkmale des Rechtsextremismus, Erklärungsansätze, rechtsextreme Frauen, Aussteiger-Programme und aufsuchende Jugendarbeit.

Das von April bis Dezember laufende Projekt wird im Rahmen des Programms „ENTIMON – Gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“

des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

## Nachrichten ...

### ... zu Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus im Land

#### Neuer Nationalstolz in Studie beleuchtet

2100 Studentinnen und Studenten der Universität Essen wurden von den Erziehungswissenschaftlern Klaus Ahlheim und Bardo Heger zu Themen wie Nationalstolz, Juden in Deutschland u. a. befragt. Ein Viertel der StudentInnen hegt nach dieser Umfrage keinen Zweifel daran, dass viele Juden versuchten, Geschichte heute zu ihren Zwecken zu instrumentalisieren, „aus der Vergangenheit des Dritten Reiches ihren Vorteil zu ziehen“ und es „ganz gut verstehen, das schlechte Gewissen der Deutschen auszunutzen“. Die Pädagogen Ahlheim und Heger sprechen in diesem Zusammenhang von einem „sekundären Antisemitismus“. Dieser verzichtet „weitgehend auf traditionelle antijüdische Vorurteile“, gibt sich auf den ersten Blick „korrekt“ und bezieht sich unmittelbar auf den Umgang mit der NS-Vergangenheit und dem Holocaust: „Man fühlt sich durch die Erinnerung an den Holocaust von ‚den Juden‘ gestört.“ Die Essener Erziehungswissenschaftler stellten fest: Das Verlangen, einen Schlussstrich setzen zu wollen und die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit zu beenden, korrespondiert unmittelbar mit der Sehnsucht nach einer „selbstbewussten Nation“. Die Deutschen, meinen mehr als 60 Prozent der befragten StudentInnen, „sollten endlich wieder ein gesundes Nationalbewusstsein entwickeln“ und auch militärisch „in der Welt wieder eine ganz normale Rolle spielen“. Ahlheim und Heger ließen sich zu ihrer Studie von Martin Walser und seiner umstrittenen Paulskirchen-Rede inspirieren. Der Schriftsteller hatte darüber geklagt, etwa in den Medien ständig „mit unserer Schande“ konfrontiert zu werden. Das lege zunächst nahe, dass sich das Desinteresse der StudentInnen darauf zurückführen lasse, sie seien in der Schule mit Informationen über den Nationalsozialismus „zugeschüttet“ worden. Dagegen aber sprechen die von den Essener Pädagogen festgestellten „erheblichen Wissenslücken“: Gerade ein Drittel habe die „Nürnberger Gesetze“ und die Bedeutung der Wannsee-Konferenz einschätzen können. Daraus ziehen Ahlheim und Heger den Schluss: „Hinter der beredeten Klage“, mit den berichten über die NS-Zeit reichlich eingedeckt zu sein, „steht auch ein gerüttelt Maß Abwehr“. (Quelle: FR, 11.05.02)

#### Neue Studie zu Antisemitismus

Für die Studie „Politische Einstellungen in Deutschland“ wurden im April 2001 101 Ost- und

1050 Westdeutsche vom Frankfurter Sigmund-Freud-Institut (SFI) und der Universität Leipzig befragt. Auf die Aussage „Ich kann es gut verstehen, dass manchen Leuten Juden unangenehm sind“ antworteten 36% zustimmend (1999: 20%), 38% (56) ablehnend. Im Osten fanden nur 31% diese Haltung verständlich, im Westen 37%. Gegliedert nach ParteianhängerInnen waren die der PDS am wenigsten für antisemitische Einstellungen anfällig (24,9%), gefolgt von Grünen (25,3), FDP (29,9), SPD (34,2), CDU/CSU (40,1) und DVU / Republikanern (61,1). Der These „die Juden sind schuld, dass wir so große Weltprobleme haben“ stimmten 14,7% der Grünen-AnhängerInnen zu, gefolgt von PDS (16), FDP (21,1), CDU/CSU (21,6), SPD (22,3) und DVU (55,6). Auch die Losung „Deutschland den Deutschen“ finden mittlerweile mehr Deutsche sympathisch als vor drei Jahren: 44% der Männer im Westen stimmten zu (1999: 32), 38% der Männer im Osten (28); bei den Frauen 35% im Westen (28) und 33% im Osten (20). Die stärkste Zustimmung fand diese Parole bei DVU-AnhängerInnen (70%), gefolgt von CDU/CSU (47), SPD (38), FDP (29), PDS (23) und Grünen (13).

In der Studie wurde auch nach antiamerikanischen und antiarabischen Ressentiments gefragt. Insgesamt ergab sich ein Zusammenhang zwischen geringer Schulbildung und antijüdischen bzw. antiamerikanischen Ressentiments. Zugleich sank laut der Studie die Angst der BundesbürgerInnen vor in Deutschland lebenden AusländerInnen. Während 1999 noch 57% der Ost- und 44% der Westdeutschen angegeben hatten, sie hätten Angst vor AusländerInnen, waren es jetzt noch 43% (Ost) und 34% (West). (Quelle: FR, 15.06.02)

## Literatur und Materialien ...

### ... zum Thema Rechtsextremismus

📖 Amesberger, Helga/Halbmayer, Brigitte (Hg.): Rechtsextreme Parteien – eine mögliche Heimat für Frauen?, Opladen: Leske + Budrich, 2002

📖 Arbeitskreis Mädchen und Rechtsextremismus (Hg.): Rechte Mädchen – was tun?, Sendenhorst, 2002

Über: Stadt Münster, Frauenbüro, 48127 Münster, [frauenbuero@stadt-muenster.de](mailto:frauenbuero@stadt-muenster.de)

⦿ Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (Hg.): Rechte Jugendkulturen. Zwischen Lifestyle, Clique und Partei, Braunschweig, 2002, CD-ROM  
Über: Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt, Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen e. V., Bohlweg 55, 38100 Braunschweig, [www.arug.de](http://www.arug.de)

📖 Benz, Wolfgang: Gewalt und Ideologie. Renaissance und Militarisierung rechtsradikalen Denkens – Nationale und internationale Zusammenhänge. Wiener Vorlesung im Rathaus, Bd. 38, hrsg. von der Kulturabteilung der Stadt Wien, Wien: Picus Verlag, 1995

📖 Boehnke, Klaus/Fuß, Daniel/Hagan, John (Hg.): Jugendgewalt und Rechtsextremismus. Soziologische und psychologische Analysen in internationaler Perspektive, Weinheim/München: Juventa Verlag, 2002

⦿ Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e. V. (BAJ) (Hg.): Aus der Mitte der Gesellschaft. Eine kleine wissenschaftsgeschichtliche Übersicht über Erhebungsansätze zum „hässlichen Deutschen“, Berlin, CD-ROM  
Über: Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e. V., Mühlendamm 3, 10178 Berlin, [material@bag-jugendschutz.de](mailto:material@bag-jugendschutz.de)

⦿ Bundeszentrale für politische Bildung/Deutsche Sportjugend (Hg.): Betrifft: Rechtsextreme. Dumme und radikale Sprüche. Kontra geben. Training mit dem Sprechbaukasten, Bonn, 2001, CD-Rom

📖 Butterwegge, Christoph: Rechtsextremismus, Freiburg im Breisgau: Verlag Herder, 2002

📖 Butterwegge, Christoph u. a.: Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demographischer Wandel und Nationalbewusstsein, Opladen: Leske + Budrich, 2002

📖 Hafener, Benno/Jansen, Mechthild M./Niebling, Torsten u. a.: Rechte Jugendcliquen in Hessen. Szene, Aktivitäten, Folgerungen, Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag, 2002

📖 Hafener, Benno/Jansen, Mechthild M.: Rechte Cliques. Alltag einer neuen Jugendkultur, Weinheim/München: Juventa Verlag, 2001

📖 Heineke, Thekla/Umatham, Sandra (Hg.): Christoph Schlingensiefels Nazis rein. Torsten Lemmer in Nazis Raus, Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag, 2002

📖 Leggewie, Claus/Meier, Horst (Hg.): Verbot der NPD oder Mit Rechtsradikalen leben?, Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag, 2002

📖 Marneros, Andreas: Hitlers Urenkel. Rechtsradikale Gewalttäter – Erfahrungen eines wahldeutschen Gerichtsgutachters, Bern/München/Wien: Scherz Verlag, 2002

📖 Speit, Andreas (Hg.): Ästhetische Mobilmachung. Dark Wave, Neofolk und Industrial im

Spannungsfeld rechter Ideologien, Hamburg/Münster: UNRAST-Verlag, 2002

📖 Weber, Klaus: Rechte Männer. Eine sozialpsychologische Studie zu Rassismus, Neofaschismus und Gewerkschaften, Hamburg: VSA-Verlag, 2001

### ... zu den Themen Rassismus, Antisemitismus, Antirassismus

📖 Claussen, Detlev: Aspekte der Alltagsreligion. Ideologiekritik unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen. Hannoversche Schriften 3, Frankfurt/M.: Verlag neue Kritik, 2000

📺 Kötter, Till/Mahame, Joseph/Kayser, Jona/Vogt, David: Deutsche Bananen. Wie wahr war die Wahrheit als sie verschwand, o. O., o. J. (Video ausgezeichnet mit dem Sonderpreis des Jugendmedienpreises – Kreis Unna 2002)  
Über: [noa-x@gmx.de](mailto:noa-x@gmx.de)

📺 Verband für interkulturelle Arbeit (VIA e. V.) (Hg.): 0% Rassismus, Bonn, 2001, Video

📖 Wahl, Klaus (Hg.): Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus. Drei Studien zu Tatverdächtigen und Tätern, Schweinfurt: Schunk Druck- und Verlags-GmbH, 2001  
Über: ibro Funk- und Marketing GmbH, Kastanienstrasse 1, 18184 Roggentin, Tel: 03 82 04 / 6 65 43, [bmi@ibro.de](mailto:bmi@ibro.de)

📖 Verein zur Förderung der Völkerverständigung /SOS – Rassismus Solingen e. V. (Hg.): Der Brandanschlag von Solingen. Auswirkungen und Konsequenzen. Eine Dokumentation, Solingen 2001  
Über: SOS – Rassismus Solingen, Gemeinnütziger Verein zur Förderung der Völkerverständigung e. V., Postfach 10 11 91, 42611 Solingen, Tel: 02 12 / 20 10 00, Fax: 02 12 / 20 51 37

### ... zu den Themen Zuwanderung und Migration

📖 Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (Hg.): Daten und Fakten zur Ausländer-situation, Berlin 2002  
Über: Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, Postfach 14 02 80, 53107 Bonn, Fax: 0 18 88 / 5 27 27 60

📖 Blätter des Informationszentrums 3. Welt (iz3w) (Hg.): Die Integrationsfalle – Ein Einwanderungsland wählt aus, Freiburg 2001

📖 Bultmann, Peter Friedrich: Lokale Gerechtigkeit im Einbürgerungsrecht, Berlin: Duncker & Humblot, 1999

📖 Bundesministerium des Innern (Hg.): Info-Dienst Deutsche Aussiedler, Berlin, Januar 2002  
Über: Bundesministerium des Innern, Referat SH II 4 – J, Postfach 17029, 53108 Bonn, Tel: 0 18 88 / 6 81 37 32, Fax: 0 18 88 / 6 81 38 64 oder 0 18 88 / 68 15 37 32, [Poststelle@bmi.bund.de](mailto:Poststelle@bmi.bund.de)

📖 Bundesministerium des Innern (Hg.): Info-Dienst Deutsche Aussiedler. Sonderausgabe „Ehrenamt“, Berlin, März 2002  
Über: Bundesministerium des Innern, Referat SH II 4 – J, Postfach 17029, 53108 Bonn, Tel: 0 18 88 / 6 81 37 32, Fax: 0 18 88 / 6 81 38 64 oder 0 18 88 / 68 15 37 32, [Poststelle@bmi.bund.de](mailto:Poststelle@bmi.bund.de)

📖 Deutsche Jugend in Europa Landesverband Bayern e. V. (Hg.): Mehr Erfolg mit Integration. Zuwanderung in Deutschland, München 2001

📖 Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Integration von Migrantinnen und Migranten im Wohnbereich, Dortmund 2001

📖 Landesarbeitsgemeinschaft für Katholische Erwachsenenbildung in NRW e. V. (Hg.): Qualifikation durch politische Bildung. Migrantendarbeit der katholischen Erwachsenenbildung in Nordrhein-Westfalen als Beitrag zur Integration, Köln 2002

📖 Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf e. V.) (Hg.): Vor dem Gesetz sind alle gleich?! Ungleichbehandlung in Recht und Behördenpraxis. Strategien gegen die Diskriminierung, Frankfurt/M. 2002  
Über: Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e. V., Ludolfusstrasse 2 – 4, 60487 Frankfurt am Main, Tel: 0 69 / 7 13 75 60, [verband-binationaler@t-online.de](mailto:verband-binationaler@t-online.de)

### ... zu den Themen Interkulturelles Lernen und interkulturelle Gesellschaft

📖 Bukow, Wolf-Dieter/Nikodem, Claudia/Schulze, Erika/Yildiz, Erol (Hg.): Auf dem Weg zur Stadtgesellschaft. Die multikulturelle Stadt zwischen globaler Neuorientierung und Restauration, Opladen: Leske + Budrich, 2001

📖 Friesenhahn, Günter J. (Hg.): Praxishandbuch. Internationale Jugendarbeit. Lern- und Handlungsfelder, rechtliche Grundlagen, Geschichte, Praxisbeispiele und Checklisten, Schwalbach/Ts: Wochenschau Verlag, 2001

☞ Griese, Hartmut M.: Kritik der „Interkulturellen Pädagogik“. Essays gegen Kulturalismus, Ethnisierung, Entpolitisierung und einen latenten Rassismus, Münster: Lit-Verlag, 2002

☞ Hellmann, Christian: Religiöse Bildung, Interreligiöses Lernen und Interkulturelle Pädagogik. Eine religionsgeschichtliche Untersuchung zur religiösen und interkulturellen Erziehung in der Moderne, Frankfurt/M.: IKO-Verlag für Interkulturelle Kommunikation, 2001

☞ Ruillier, Jérôme: Einfach farbig. Nach einer afrikanischen Geschichte. Erzählt und illustriert von Jérôme Ruillier, Zürich: bohem press, 2001

☞ Weißköppel, Cordula: Ausländer und Kartoffeldeutsche. Identitätsperformanz im Alltag einer ethnisch gemischten Realschulklasse, Weinheim /München: Juventa Verlag, 2001

### ... zu den Themen Flucht und Asyl

☞ Peter, Erich: Das Recht der Flüchtlingskinder. Zusammenfassung und Stellungnahme zur Rücknahme des deutschen Ausländervorbehalts zur UN-Kinderkonvention im Spannungsfeld verfassungsrechtlicher Kompetenzzuweisung, Karlsruhe: von Loeper Literaturverlag, 2002

### ... zum Thema NS-Vergangenheit

☞ Grillmeyer, Siegfried/Ackermann, Zeno (Hg.): Erinnern für die Zukunft. Die nationalsozialistische Vergangenheit als Lernfeld der politischen Jugendbildung, Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag, 2002

### ... Verschiedenes

☞ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Elfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, Berlin, 2002  
Über: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 53107 Bonn, Tel: 01 80 / 5 32 93 29, [broschuerenstelle@bmfsfj.bund.de](mailto:broschuerenstelle@bmfsfj.bund.de)

☞ Tillmanns, Reiner: Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend und seine Mitgliedsverbände, Staatskirchenrechtliche Abhandlungen; Bd. 34. Teilband 1: Der BDKJ in historischer und kirchenrechtlicher Betrachtung.  
Teilband 2: Rechts- und Grundagentexte zur katholischen Jugendverbandsarbeit. Berlin: Duncker & Humblot Verlag, 1999

☞ Usleber, Thomas: Die Farben unter meiner Haut. Autobiographische Aufzeichnungen. Frankfurt/M.: Brandes & Apsel Verlag, 2002

## Veranstaltungen

⊕ **„Mit Power zum Abschluss“ – das Lehrgangsangebot für jugendliche Migranten: Förderstufe, Hauptschulabschluss, Fachhochschulreife**

Termin: 2. September 2002 – 26. Juli 2003

Ort: Akademie Klausenhof, Hamminkeln

Informationen: Akademie Klausenhof, Klausenhofstr. 100, 46499 Hamminkeln, Tel: 0 28 52 / 89-0, [info@akademie-klausenhof.de](mailto:info@akademie-klausenhof.de)

⊕ **Sprechen als Last und Befreiung. Wie reden Holocaust-Überlebende über Hass?**

Termin: 4. September 2002

Ort: Villa Ten Hompel, Münster

Informationen: Villa Ten Hompel, Kaiser-Wilhelm-Ring 28, 48145 Münster, Tel: 02 51 / 4 92-71 01

⊕ **Weg mit der rosa Multikultibrille! Chancen neuer Ansätze interkultureller Pädagogik in Jugendarbeit und Schule**

Workshop von IDA-NRW, Jugendamt der Stadt Essen und Bildungswerk der Humanistischen Union NRW

Termin: 10. September 2002

Ort: Jugendhaus Essen, Papestraße

Informationen: siehe beiliegenden Flyer

⊕ **Rechtsextremismus und Prävention**  
(Arbeitstitel)

Fachforum von IDA-NRW, Landesjugendring und Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz  
Referenten: Dr. Siegfried Uhl (Universität Erfurt), Dr. Klaus-Peter Hufer (Privatdozent Universität Essen und VHS Kreis Viersen), Manfred Stoffers (Fokom-Institut, Düsseldorf)

Außerdem: Birgit Fischer, Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit in NRW

Termin: 27. November 2002

Ort: Technologiezentrum Gelsenkirchen

Informationen: IDA-NRW, Anne Broden, Friedrichstr. 61a, 40217 Düsseldorf, Tel: 02 11 / 15 92 55-5, [info@ida-nrw.de](mailto:info@ida-nrw.de)

⊕ **Interkulturelle Erziehung in Kindertageseinrichtungen**

Termin: 10. - 12. Februar und 11. - 13. Juli 2003

Ort: Jugendhof Vlotho

Informationen: Jugendhof Vlotho, Oeynhausener Str. 1, 32602 Vlotho, Tel: 0 57 33 / 9 23-3 14, [u.schwarze@lwl.org](mailto:u.schwarze@lwl.org)